

FIAT-Konzern agiert global und sucht die Konfrontation

Fiat ist im Bewusstsein der italienischen Bevölkerung ein italienisches Unternehmen. Mit der Realität hat dies jedoch immer weniger zu tun. Nicht erst mit der Beteiligung an Chrysler wurde Fiat zu einem multinationalen Unternehmen. Auch Fiat selbst hat mittlerweile Standorte in Polen, der Türkei und in Serbien. Durch die geringe Auslastung der italienischen Werke werden in den ausländischen Betrieben mittlerweile mehr Fahrzeuge produziert als in Italien selbst.

Auf dem italienischen Markt werden somit bereits mehr Fiat-Fahrzeuge gekauft als hergestellt. Aus diesem Grund muss die Unternehmensleitung sehr vorsichtig agieren, wenn es um den Abbau von Arbeitsplätzen in Italien geht. Bereits im Winter wurde beschlossen, das Werk im sizilianischen Termini Imerese mit 1.400 Beschäftigten zu schließen. Dies führte zu einem Sturm der Entrüstung, und selbst die Regierung forderte von Fiat, diesen Plan aufzugeben. Die Unternehmensleitung allerdings hielt an ihrem Plan fest, und das Werk wird 2012 geschlossen werden.

Auch wenn die italienischen Standorte aus Sicht des Kapitals sehr unrentabel sind, kann es sich Fiat angesichts der Stimmung in der italienischen Bevölkerung nicht erlauben, so ohne weiteres einen weiteren Betrieb zu schließen, wie es ursprünglich geplant war. Im Fall des Werkes in Pomigliano bei Neapel mit 5.200 Beschäftigten ging Fiat-Chef Marchionne deshalb einen anderen Weg: Der Betrieb, der zur Zeit nur zu 14 Prozent ausgelastet ist, und in dem Schlendrian und Fehlzeiten besonders auffällig seien, soll entgegen der ersten Absichten nicht geschlossen werden, sondern die Produktion des Fiat Panda aus Polen übernehmen, wenn die Gewerkschaften auf die Vorschläge des Unternehmens eingehen. Mit folgenden Forderungen erpresste Marchionne die Belegschaft:

- Längere Arbeitszeit durch Verkürzung der Pausen,
- Wegfall der Wochenendzuschläge bei Samstagsarbeit (statt bisher 15 Schichten sollen dann 18 Schichten in der Woche gearbeitet werden),
- Keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, wenn in einer Abteilung die Fehlquote über dem Durchschnitt des gesamten Betriebs liegt,
- Überwachung der Bewegungen im Betrieb durch ein elektronisches Überwachungssystem,
- Individuelle Arbeitsverträge statt der jetzigen Kollektivverträge,
- Verzicht der Gewerkschaften, diese Vereinbarungen künftig durch Streiks ändern zu wollen.

Die Metallgewerkschaften der UIL und der CISL sowie zwei kleinere Gewerkschaften aus dem rechten Lager gingen sehr schnell auf diese Forderungen ein und schlossen eine entsprechende Betriebsvereinbarung für Fiat Pomigliano. Die FIOM, die Metallgewerkschaft der CGIL und eine kleinere Gewerkschaft aus dem Spektrum der Basisgewerkschaften gingen auf diese Erpressung allerdings nicht ein und opponierten gegen die Betriebsvereinbarung.

Daraufhin erhob sich im ganzen Land ein Aufschrei der Empörung gegen die »extremistische« und unverantwortliche FIOM, die leichtfertig über 5000 Arbeitsplätze gefähr-



de. Bis weit ins Lager der Opposition erhielt Marchionnes Plan Unterstützung. Als Marchionne 2004 sein Amt als Fiat-Chef übernahm, bemühte er sich um eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, auch mit der FIOM. Als er einen Plan zur Sanierung des Konzerns vorlegte, der keine Entlassungen und keine Betriebsschließungen vorsah, galt er bis hinein zur Partei Rifondazione Comunista als beispielhafter Unternehmer. Von der Rechten wurde er dafür auch schon mal als »Kommunistenfrend« beschimpft.

Ihre Beziehungen zu diesem Vertreter des Großkapitals wollten viele »Linke« auch dann nicht aufgeben, als dieser die Konfrontation suchte. Die Wirtschaftsexperten der PD unterstützten die Betriebsvereinbarung. Auch CGIL-Führer Epifani sagte, mit dieser Vereinbarung seien die Beschäf-



tigten in Pomigliano immer noch wesentlich besser gestellt als die meisten anderen Arbeiter in Italien.

Doch die FIOM zeigte auch angesichts dieser Kampagne Rückgrat und blieb bei der Ablehnung des Abkommens, das von den anderen Gewerkschaften unterzeichnet wurde. Ein Abkommen ohne die FIOM war für Marchionne jedoch zu unsicher, und so forderte er ein Plebiszit der Beschäftigten. Mindestens 70 Prozent sollten für das Abkommen stimmen, sonst würde die Panda-Produktion nicht nach Pomigliano verlegt. Allerdings stimmten bei der Abstimmung nur etwa 60 Prozent für das Abkommen und 36 Prozent votierten dagegen.

Die Konzernführung ließ nach der Abstimmung lange offen, wie sich zu diesem für sie unbefriedigenden Ergebnis, verhalten sollte. Sie konnte die Drohung der Nichtverlagerung kaum ernsthaft in Erwägung ziehen. Das wäre der italienischen Öffentlichkeit nicht zu vermitteln gewesen und das Verhältnis zu den »gemäßigten« Gewerkschaften hätte sich auch verschlechtert. Allerdings wollte die Fiat-Spitze auch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Es wurde daher ein neues Tochterunternehmen gegründet, dem das Werk in Pomigliano gehören wird. Entgegen ursprünglicher Pläne, unliebsame Arbeiter/innen nicht zu übernehmen, sollen jetzt alle Beschäftigten im neuen Unternehmen arbeiten können. Allerdings sollen sie schriftlich ihre Zustimmung zu der mit den rechten Gewerkschaften ausgehandelten Vereinbarung bekunden. Außerdem wird das Tochterunternehmen nicht dem Arbeitgeberverband angehören. Der nationale Tarifvertrag für die Metallindustrie soll also keine Gültigkeit haben. Statt dessen schwebt der Führung ein eigener Tarifvertrag für die Automobilindustrie vor oder aber ein komplett tarifloser Zustand. Die rechten Gewerkschaften haben daraufhin den von ihnen abgeschlossenen nationalen Tarifvertrag für die Metallindustrie dahingehend abgeändert, dass für einzelne Unternehmen Herausnahmen möglich werden. FIAT könnte seine Ziele so erreichen, ohne das ganze Tarifsysteem formal in Frage zu stellen. Ob FIAT dieses Angebot annehmen wird, ist aber noch nicht klar. Für die betroffenen Arbeiter/innen bedeutet es so oder so eine Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die Regelung für das Werk in Pomigliano soll letztlich auch auf andere italienische Fiat-Standorte übertragen werden. Um dies durchzusetzen, wird auch in den anderen Werken die Verunsicherung vorangetrieben. So soll ein Teil der Produktion des Fiat-Stammwerkes in Turin nach Serbien verlegt werden. Flankiert werden diese Ankündigungen durch die Entlassung mehrerer Gewerkschafter der FIOM und der Basisgewerkschaften, denen vorgeworfen wird, betriebliche eMail-Adressen für gewerkschaft-

liche Zwecke »missbraucht« zu haben, bzw. während eines Streiks die Produktion angehalten zu haben. Selbst als diese vor Gericht ihre Wiedereinstellung durchsetzten, hob Fiat das Hausverbot gegen sie nicht auf. Das Unternehmen teilte ihnen mit, sie würden ihren Lohn erhalten, dürften das Betriebsgelände aber auch weiterhin nicht betreten.

Andere Unternehmen haben bereits angekündigt, dem Beispiel zu folgen und betreiben ebenfalls den Ausstieg aus dem bestehenden Tarifvertrag. Und die Regierung plant eine Abkehr von dem als starr empfundenen bisherigen Arbeitsrecht und will dieses stärker durch betriebliche und individuelle Vereinbarungen ersetzen.

Der Vorstoß von Fiat hat somit zum Ziel das bisherige System mit hoher Tarifvertragsbindung zu zerschlagen. Die Angriffe des FIAT-Konzerns richten sich dabei gegen jede selbständige Arbeiterorganisation, vor allem aber gegen die FIOM als mitgliederstärkste Metallgewerkschaft. Dabei erfährt Fiat die Unterstützung nahezu des gesamten bürgerlichen Lagers unabhängig von ihrer Haltung zu Berlusconi. Die FIOM ist der einzige relevante Faktor, der diesen Plänen Widerstand entgegensetzen will. Doch scheint auch sie zur Zeit zu schwach, um diese Entwicklung aufhalten zu können. Für Mitte Oktober plant sie einen nationalen Aktionstag. Hier wird sich zeigen, welche Kräfte sie zu mobilisieren kann. Angesichts der geringen Auslastung der italienischen Fiat-Werke ist ein nur-gewerkschaftlicher Kampf wenig aussichtsreich. Es kommt daher darauf an, ob die FIOM diesen Kampf politisieren kann und die Arbeiter/innen in anderen Betrieben und anderen Sektoren davon überzeugen kann, dass es hier auch um ihre Interessen geht.

15.9.2010 ■



Rainer Thomann dokumentiert und untersucht betriebliche Auseinandersetzungen in der Schweiz (Officina) und Italien (Innse) und greift auf weitere Erfahrungen zeitweise besetzter/selbstverwalteter Betriebe zurück. Und auf Konflikte, wo es soweit nicht gekommen ist, aus denen ebenfalls viel zu lernen ist.

140 Seiten, A5,
Gegen Voreinsendung von 5,00 EUR
in Briefmarken erhältlich über:
GFSA e.V.
Postfach 106426 · 20043 Hamburg
www.arbeiterpolitik.de